

# *Bauernbund Brandenburg*

## **Herbsttreffen am 7. November in Märkisch Oderland**

Liebe Berufskollegen,

unser Herbsttreffen führt uns diesmal in eine Region, wo wir schon zweimal zu Gast waren und immer wieder gern sind. Mit 50 Mitgliedern ist das Oderland auch ein Schwerpunkt des Bauernbundes. Am Sonnabend, dem 7. November, wollen wir uns zwei interessante Betriebe anschauen und anschließend beim Bauernstammtisch in gemütlicher Runde die besonders arbeitsreiche Zeit ausklingen lassen. Das Programm für den 7. November:

- 14.00 Uhr:       Landwirtschaftsbetrieb Schulze, Großbarnim 7, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim  
200 ha Acker (Weizen, Roggen, Hafer, Raps, Mais, Zuckerrüben), 200 ha Grünland (Flußau und Trockenrasen), Wanderschäferei mit 700 Mutterschafen, Pferde und Weihnachtsgänse, Ferienwohnung und Hofladen.
- 15.00 Uhr:       Kaffeetrinken auf dem Landwirtschaftsbetrieb Schulze
- 16.00 Uhr:       Landwirtschaftsbetrieb von der Marwitz, Frankfurter Straße 23, 15306 Vierlinden  
OT Friedersdorf  
460 ha Acker ökologisch (Weizen, Dinkel, Roggen, Mais, Luzerne, Lupinen, Sojabohnen), 420 ha Acker konventionell (Weizen, Raps, Mais, Zuckerrüben) mit Biogasanlage 500 kw.
- 18.00 Uhr:       Abendessen und Bauernstammtisch im Kunstspeicher Friedersdorf, Frankfurter  
Straße 39, 15306 Vierlinden OT Friedersdorf

Im Kunstspeicher können wir wählen zwischen Rinderbraten oder Schnitzel. Reinhard wird wieder einen Überblick geben über die Themen, an denen wir gerade arbeiten. Zu Grundstücksverkehr und Höfeordnung hat es bis dahin hoffentlich Ergebnisse gegeben. Auch bei der Anpassung des Schutzstatus für Biber und Wolf wollen wir dann einen Schritt weiter sein. Ein weiteres wichtiges Thema ist der Umgang mit den FFH-Managementplänen. Da wir mit Hans einen Bundestagsabgeordneten am Tisch haben, können wir auch die große Politik ansprechen. Eine gesonderte Einladung kommt noch mit der Beitragsrechnung. Bitte notiert Euch den Termin aber schon jetzt, damit er nicht verloren geht. Und bringt gerne auch wieder Berufskollegen mit, die Ihr für den Bauernbund gewinnen wollt. Unser Herbsttreffen ist immer eine schöne Gelegenheit zum Kennenlernen und Unterhalten. Ich freue mich auf das Wiedersehen im Oderland!



*Euer Karsten Jennerjahn*

## Verhandlungen mit Agrarministerium und Landesbauernverband

Wie bereits im letzten Rundbrief vermeldet befindet sich der Bauernbund in Verhandlungen mit Agrarministerium und Landesbauernverband über eine Initiative zur Stärkung ortsansässiger Landwirte auf dem brandenburgischen Bodenmarkt. Hierzu hat es am 1. Juni und 29. Juni Spitzengespräche im kleinen Kreis gegeben, wobei wir den Eindruck gewonnen haben, dass allen Seiten an einer Einigung gelegen ist. Anfang Juli hat Agrarminister Jörg Vogelsänger einen 5-Punkte-Plan vorgelegt, in dem er bereits die Themen skizziert hat, über die verhandelt wird. Aus unserer Sicht wichtig sind ein Erlass zur Durchführung der Grundstücksverkehrsgesetzes sowie die Einführung der Höfeordnung als landwirtschaftliches Sondererbrecht in Brandenburg. Natürlich steckt der Teufel im Detail – und so wird es im September eine weitere Gesprächsrunde auf Arbeitsebene geben, nach der dann hoffentlich Nägel mit Köpfen gemacht werden können. Immerhin – wenn das gelingt, wäre es das erste Mal, dass in der brandenburgischen Agrarpolitik beide Verbände mit dem Ministerium an einem Strang ziehen zum Wohle der märkischen Landwirtschaft.

*Wie wichtig kleine Fortschritte angesichts der nach wie vor großen Differenzen sind, zeigte sich, als während des zweiten Spitzengesprächs ein Teilnehmer mit der Nachricht überraschte, dass die KTG sich neue Finanziere ins Boot geholt hat. Am Tag drauf verbreiteten wir nachfolgende Pressemitteilung, die in den Medien starke Resonanz fand, unter anderem in der Märkischen Allgemeinen, der Märkischen Oderzeitung, den Potsdamer Neuesten Nachrichten, der Berliner Tageszeitung und im Deutschlandfunk mit einem zehnminütigen Interview mit Geschäftsführer Reinhard Jung.*



### **Bauernbund alarmiert: Chinesen kaufen voll subventioniert märkische Äcker**

**Pressemitteilung vom 30. Juni 2015**

Der Bauernbund Brandenburg, die Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, hat den gestern bekannt gewordenen Einstieg der chinesischen Investorengruppe Fosun in die Hamburger Landwirtschafts-Holding KTG

Agrar als „Alarmsignal“ bezeichnet. Es sei ein Fehler gewesen, die von der EU-Kommission vorgeschlagene Obergrenze für Betriebsprämien abzulehnen, sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn: „Mit der falschen Parole, ein Hektar sei ein Hektar, haben Bauernverband und ostdeutsche Landesregierungen vor anderthalb Jahren die Obergrenze verhindert. Jetzt kaufen chinesische Versicherer uns brandenburgischen Bauern mit unseren Steuergeldern die Flächen weg.“

Durch Übernahme eines Agrarunternehmens in Seefeld in der Prignitz ist die KTG Agrar kürzlich zum größten Agrarinvestor Brandenburgs aufgerückt. Die Holding bewirtschaftet aktuell rund 19.000 Hektar im Land und erhält dafür jährlich knapp 5 Millionen Euro an Betriebsprämien. „Es ist nicht auszuschließen, dass die KTG mit frischem Kapital ausgestattet ihre Einkaufstour fortsetzt“, befürchtet Jennerjahn. Um wenigstens die schlimmsten Auswüchse dieser Entwicklung zu dämpfen, fordert der Bauernbund von der Landesregierung seit langem, bei Flächenverkäufen ein Vorkaufsrecht zugunsten ortsansässiger Landwirte einzuführen.

*Zum Thema Agrarstruktur erhielten wir übrigens auch eine Anfrage vom RBB-Fernsehen, das einen Beitrag anlässlich von 25 Jahren Landwirtschaftsanpassungsgesetz drehen wollte. Unser Mitglied Hans-Jörg Schütze aus Langenlipsdorf (Landkreis Teltow-Fläming) berichtete in der Sendung, die am 28. Juni ausgestrahlt wurde, wie die herrschende Agrarpolitik der Nachwendzeit systematisch die bäuerlichen Familienbetriebe ausgegrenzt und die LPG-Nachfolger begünstigt hat.*





Mehr als hundert Brandenburger, darunter viele Bauernbund-Mitglieder, vor allem aus dem Oderbruch, demonstrierten am 6. Juli vor dem Potsdamer Landtag dafür, dass der Biber wieder gejagt werden darf. Unser Mitglied Marco Hintze aus dem nahen Krielow (Landkreis Potsdam-Mittelmark) unterstützte das Medienereignis mit zwei großen Schleppern.

## **Bauernbund: Biber sind keine bedrohte Art, sondern eine Landplage** **Pressemitteilung vom 6. Juli 2015**

Der Bauernbund Brandenburg appelliert an die Landesregierung, sich bei der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass Biber in Brandenburg wieder gejagt werden dürfen. Landwirtschaft und Naturschutz seien keine Gegensätze, sagt Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung auf einer Kundgebung von Land- und Forstwirten, Jägern, Fischern und Anglern heute vor dem Landtag in Potsdam: „Aber es kann doch nicht angehen, dass aus einer früher bedrohten Art eine Landplage wird und niemand fühlt sich zuständig, den Schutz wieder aufzuheben.“

Durch explosionsartige Vermehrung richten Biber inzwischen Millionenschäden an, indem sie Bäume fällen, Felder und Wiesen unter Wasser setzen, Straßen und Deiche aushöhlen, so der 49-jährige Bio-Landwirt aus Lennewitz in der Prignitz. Den Umweltbehörden und Umweltverbänden, die nach wie vor auf Biberschutz beharren, unterstellt Jung Vorsatz: „Denen geht es nicht um bedrohte Tiere, die wollen Sumpf und Wildnis – und der Biber hilft ihnen dabei, die Landwirtschaft aus den Niederungen zu verdrängen.“

Anlass der Kundgebung ist eine Anhörung im Landtag, bei der Experten zum Thema Biber sprechen, unter anderem der höchste für Naturschutz zuständige Beamte der EU-Kommission Stefan Leiner. Die CDU hatte im Landtag den Antrag gestellt, den Schutzstatus des Bibers anzupassen, so dass er wieder zu einer bejagbaren Art erklärt werden kann.

*Die Biber-Demonstration am 6. Juli war die erste und gleich sehr erfolgreiche Aktion eines Bündnisses der Landnutzerverbände, des **Forums Natur Brandenburg**, dem der Bauernbund inzwischen aufgrund Vorstandsbeschluss beigetreten ist. Treibende Kraft bei diesem Bündnis war der Grundbesitzerverband, mit dabei sind außerdem der Landesbauernverband, der Waldbesitzerverband, der Landesjagdverband, der Landesfischereiverband, der Landesanglerverband und die Arbeitsgemeinschaft der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer.*

*Kurz vor der Veranstaltung berichtete die Märkische Allgemeine über Biberschäden an jungen Baumpflanzungen von unserem Mitglied Karsten Krüger aus Bendelin (Landkreis Prignitz) und die Berliner Zeitung brachte eine Reportage über die Bedrohung von Deichen und Feldern bei unserem Mitglied Markus Zickerick (Landkreis Märkisch Oderland), außerdem veröffentlichten die Potsdamer Neuesten Nachrichten das nachfolgende Interview mit Geschäftsführer Reinhard Jung, der auch auf der Anhörung im Landtag unsere Position zum Ausdruck brachte.*

## **Biber soll nicht schlecht schmecken**

### **Interview von Matthias Matern mit Geschäftsführer Reinhard Jung über unterschiedliche Vorstellungen von Naturschutz in den Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 4. Juli 2015**

PNN: Herr Jung, was haben Sie gegen den Biber?

Jung: Gar nichts, er ist doch ein possierliches Tierchen. Wir Bauern lieben die Natur – ohne sie könnten wir nicht wirtschaften. Unsere Erfahrungen mit Naturschutz sind allerdings andere als früher. Als ich jung war, haben wir Nistkästen aufgehängt und das Moor von Müll gesäubert. Heute begegnet uns Naturschutz in Form von Schreibtischtätern oder Rangern, die mit ihrem dicken Jeep durch die Gegend gurken und uns erzählen, was wir auf unserem Land zu tun haben.

PNN: Die CDU fordert von Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger (SPD), die Entwicklung der Biberpopulation an die EU zu melden, damit der bislang strenge Schutzstatus aufgehoben wird. Warum ist das nötig?

Jung: Weil der Schutz des Bibers erfolgreich war. Das Problem beginnt doch, wenn aus einer ehemals bedrohten Tierart plötzlich eine Landplage wird und sich niemand zuständig fühlt. Es gibt kein Korrektiv für erfolgreichen Naturschutz, aber den Biber gibt es mittlerweile fast in jedem Graben in Brandenburg. Er richtet Millionenschäden an.

PNN: Unter bestimmten Bedingungen dürfen Biber bereits getötet werden. So steht es in der neuen Biberverordnung des Landes, die gerade erst in Kraft getreten ist. Warum reicht Ihnen das nicht?

Jung: Weil die Verordnung erstens nicht in Vogelschutzgebieten gilt, also auf rund 20 Prozent der Landesfläche. Und zweitens, weil ein Landwirt für die Ausnahmegenehmigung erst mühsam begründen muss, warum er wirtschaftlich beeinträchtigt wird. Der entscheidende Punkt ist einfach: Der Biber braucht nicht mehr geschützt zu werden, denn er hat sich explosionsartig vermehrt.

PNN: Am kommenden Montag findet zur Forderung der CDU im Agrarumweltausschuss eine Anhörung statt. Sie sind ebenfalls eingeladen. Was erwarten Sie?

Jung: Ich wünsche mir, dass alle Fraktionen – auch die Grünen, mit denen wir zum Beispiel im Kampf gegen Gentechnik und Braunkohle super zusammenarbeiten – diesem Antrag zustimmen. Das wäre nicht nur naturschutzfachlich richtig, sondern würde auch die Akzeptanz für den Naturschutz stärken. Es ist ja niemandem damit gedient, wenn die Landbevölkerung illegal zur Selbsthilfe greift.

PNN: Für welche Schäden machen Sie den Biber verantwortlich?

Jung: Er vernichtet Bäume, setzt mit seinen Dämmen Felder, Wiesen und Keller unter Wasser, unterhöhlt Straßen, Deiche und Grabenböschungen. Wohlgemerkt, ein paar Biber stören uns nicht, aber die Massen.





PNN: Lassen sich die Schäden auch beziffern?

Jung: Das wird schwierig. Um das Ausmaß der Schäden berechnen zu können, müsste man eine landesweite Studie durchführen. So etwas wäre eigentlich Aufgabe des Landesumweltamtes. Gewaltige Schäden sind aber schon jetzt offensichtlich, besonders im Oderbruch und in vielen Grünlandniederungen.

PNN: Warum sind Sie sich so sicher, dass Biber die Verursacher sind?

Jung: Ok, speziell im Oderbruch kommt noch die vom

Land vernachlässigte Gewässerunterhaltung dazu. Ansonsten aber gibt es nunmal nur ein Tier, das Biberdämme und Biberburgen baut und diese charakteristischen, spitzen Baumstümpfe hinterlässt.

PNN: Sie werfen der Landesregierung vor, dass sie den Biber lediglich als Mittel zum Zweck nutzt, um die Ausbreitung von Feuchtgebieten auf Kosten der Bauern voranzutreiben. Woran machen Sie das fest?

Jung: Wir werden zurzeit als Landwirte flächendeckend mit Naturschutzplanungen und Gewässerentwicklungskonzepten durch das Landesumweltamt konfrontiert, die durchweg eine Anhebung der Wasserstände in Niederungsgebieten vorsehen. Wenn der Biber sich weiter ungehindert ausbreiten kann, dann erreicht man genau dieses Ziel, die Versumpfung, ohne dass den Grundeigentümern eine Entschädigung gezahlt werden muss.

PNN: Warum sollte die Landesregierung weite Teile des Landes versumpfen lassen wollen?

Jung: Ich unterstelle das nicht der gesamten Landesregierung, aber es gibt einflussreiche Ideologen in der Ministerialbürokratie und bei den Umweltverbänden. Diese haben ein grundsätzlich anderes Verständnis von Naturschutz als wir. Wir Bauern sind für eine vielgestaltige Kulturlandschaft, die wir nutzen können und in der durch ein Biotopverbundsystem aus Gehölzstreifen und Wasserläufen seltene Pflanzen und Tiere Rückzugsmöglichkeiten haben.

PNN: Und das Land?

Jung: Die Ideologen wollen großflächige Wildnis und sagen uns nicht, wovon wir dann satt werden sollen. Vielleicht vom Biber, der soll ja nicht schlecht schmecken.

PNN: Wenn es nach Ihnen geht, wie viel Schutz sollten die Biber überhaupt noch genießen?

Jung: Im Augenblick gar keinen. Wir werden vermutlich eine ganze Weile brauchen, um der Plage Herr zu werden. Und sollte der Biber wieder einmal gefährdet sein, kann man ihn ja wieder schützen. Dafür ist Naturschutz da und dem würden wir auch nicht widersprechen.

*Ganz ähnlich gelagert wie beim Biber sind die Probleme beim Wolf, der ebenfalls streng geschützt ist. Bei der Verhandlungen über den letzten Wolfsmanagementplan 2013 ist der Bauernbund unter Protest ausgezogen, nachdem das Umweltministerium sich nicht auf eine Begrenzung der Zahl festlegen wollte (der Landesbauernverband hatte damals unterschrieben, das wird er heute wohl nicht mehr tun). So waren wir hoch erfreut, als die taz um ein Interview bat. Diese erscheint bundesweit und hat ca. 400.000 Leser, vorwiegend im grün-alternativen Großstadtmilieu.*

## Wölfe auf der Weide – sofort schießen!

**Interview von Jost Maurin mit Geschäftsführer Reinhard Jung über unsere Forderungen zum Umgang mit Wölfen in der Tageszeitung taz vom 9. Juli 2015**

taz: Herr Jung, der Wolf breitet sich immer weiter aus. Brandenburg ist das Bundesland mit den meisten Wölfen. Wie sollte man mit dem Tier umgehen?

Jung: Schießen. Sofort schießen. Es gibt in Brandenburg 60.000 Hektar Totalreservate, munitions- oder bergbaugeschädigte Sperrgebiete – das reicht doch für den Wolf. Wenn nicht, haben wir ja noch Potsdam und Berlin, da ist die Akzeptanz am größten (lacht). Bei uns auf dem Land wollen wir ihn jedenfalls nicht haben.



taz: Was haben Sie denn gegen den Wolf?

Jung: Der Wolf tötet Nutztiere auf der Weide, vor allem Schafe und Kälber. Wir können lange über unser Verhältnis zur Wildnis philosophieren, am Ende bleiben die ganz banalen ökonomischen Fakten: Dass der Wolf sich ausbreitet belastet die Weidewirtschaft, die artgerechteste Form der Tierhaltung, gesellschaftlich hoch angesehen, mit erheblichen Zusatzkosten. Das schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der Weidewirtschaft und damit auch vieler Bio-Betriebe gegenüber der intensiven Stallmast.

taz: Können die Bauern sich nicht gegen Wolfsrisse schützen?

Jung: Wir können uns Hunde anschaffen, die ungefähr soviel Fleisch fressen, wie der Wolf reißt.

Oder wir können Zäune bauen, zwei Meter hoch und einen halben Meter in der Erde, mit Elektromägen und Stacheldrahtkronen. Abgesehen davon, dass Sie unsere jetzt noch lieblichen Landschaften dann nicht wiedererkennen würden, wird diesen gigantischen Aufwand niemand bezahlen.

taz: Im vergangenen Jahr hat der Wolf in Brandenburg, das er als erstes erobert hat, doch nur fünf Kälber gerissen.

Jung: Und das soll auch so bleiben. Wenn sich der Wolf genauso schnell ausbreitet wie der ebenfalls geschützte Biber, der gerade unsere Grünlandniederungen unter Wasser setzt, dann gute Nacht. Die derzeitigen Zuwachsraten hochgerechnet haben wir in zehn Jahren in jedem brandenburgischen Dorf einen Wolf. Die ganzen Schafe und Kälber, die gerissen werden, müssen wir Bauern bezahlen.

taz: Moment, das Land entschädigt Sie doch.

Jung: Ja, es gibt Ausgleichszahlungen. Aber das ist alles schwierig, man muss sie beantragen, muss beweisen, und und und. Wenn es immer mehr wird, wird der Staat eh nicht mehr zahlen.

taz: Kann man denn durch Abschüsse die Wölfe auf ein Naturschutzgebiet begrenzen? Dann wird doch ein Wolf erschossen und wenig später kommt der nächste.

Jung: Dann wird er eben auch erschossen.

taz: Am Ende wären die Wölfe wieder ausgerottet. Wie ließe sich das verhindern?

Jung: In den Schutzgebieten würden sie überleben. Auch außerhalb, wenn sie so scheu sind, wie man uns immer wieder erzählt. Wir wollen nur nicht mehr Wölfe.

taz: Wolfsfreunde sagen: Anders als Biber werde es nicht so viele Wölfe geben, weil diese Tiere im weiten Umkreis keine Artgenossen dulden. Eine Wolfsfamilie beanspruche 20.000 bis 27.000 Hektar für sich.

Jung: Alles schöne Theorie. Wir wollen dafür nicht die Versuchskaninchen sein. Der Wolf war früher allen Überlieferungen zufolge ein Feind des Menschen, ein schlimmer Schädling, der viel Unheil angerichtet hat. Er wurde nicht aus Spaß ausgerottet. Die Menschen wollten einfach ohne Angst leben.

Taz: Warum wollen Naturschützer dennoch mehr Wölfe?

Jung: Weil sie keine Ahnung haben. Die sitzen entspannt im Berliner Fabrikloft und schauen sich auf dem Plasmabildschirm an, wie niedlich Wolfswelpen sind. Denen würde ich gern mal auf meinem Mutterkuhbetrieb erklären, wie knapp man kalkulieren muss, wenn man mit Weidetieren Geld verdienen will.

*Die Reaktion auf das taz-Interview war enorm, von Hassmails bis hin zu Morddrohungen. Flugs kam auch eine Anzeige der so genannten Tierrechtsorganisation PETA gegen Reinhard Jung wegen Aufrufs zu einer Straftat, indem unterstellt wurde, die Formulierung „Schießen“ sei nicht als politische Forderung zu verstehen, sondern als Handlungsanweisung. Bisher hat die zuständige Staatsanwaltschaft Neuruppin allerdings noch nichts von sich hören lassen. Zugleich multiplizierte sich die Medienresonanz, vom ARD-Talker Beckmann bis zum Tagesspiegel kamen Anfragen. Verkehrte Welt: In der ländlichen Lokalzeitung Prignitzer kommentierte der Redakteur Lars Reinhold: „Von Ignoranz scheint der Geschäftsführer des Bauernbundes geblendet. Ob seine Forderung, den Wolf abzuschießen politisch oder wortwörtlich gemeint war, ist irrelevant. Der Wolf war vor dem Menschen da, und wenn letzterer so dämlich ist, Isegrimm die Leckerchen auf dem Präsentierteller – der Weide – anzubieten, muss er auch damit leben, wenn das wilde Tier zuschlägt.“ Ganz anders der Redakteur des Berliner Boulevardblattes BZ Gunnar Schupelius: "Platz für den Wolf gibt es genug. Er lebt zum Beispiel im Nationalpark Bayerischer Wald. Auch in Brandenburg gibt es Reservate und Sperrgebiete, in denen er sich ausbreiten kann. Wenn er sich aber auf die Kühe stürzt und den Bauern Schaden zufügt, dann ist die Forderung berechtigt, ihn aus den landwirtschaftlichen Gebieten zu vertreiben. Das muss ein Bauer sagen dürfen, ohne angezeigt zu werden. Die Tierschützer haben jedes Maß verloren. Sie vergessen, dass man auch Kühe und Schafe schützen muss. In einer Kulturlandschaft achtet der Mensch auf den Bestand der Tiere. Wir leben hier nicht in der Wildnis.“ Die BZ veranstaltete im Internet auch eine Abstimmung. Auf die Frage: Hat der Biobauer recht, der Wölfe in Brandenburg schießen will ?, antworteten innerhalb eines Monats 2046 Leser mit Ja und 430 Leser mit Nein. Wir sollten die Berliner nicht unterschätzen ...*

## **Bauernbund unterstützt Milchviehalter: Produktion begrenzen!**

**Pressemitteilung vom 28. August 2015**

Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der Familienbetriebe im Land, unterstützt die Forderung der protestierenden Milchviehalter nach vorübergehender Deckelung der Produktion. „Ein halbes Jahr nach Ende der Quote zeigt sich, dass unbegrenztes Mengenwachstum der gesamten Branche schadet“, sagte Bauernbund-Vorstand Jens Gerloff, Landwirt aus Teetz in der Prignitz, angesichts der Staffelfahrt des BDM für ein europaweites Milch-Krisenmanagement. Die von Bundesregierung und Bauernverband immer wieder bemühten Exportchancen bis nach China hätten sich als „gravierende Fehleinschätzung“ erwiesen. Bei Milchpreisen von deutlich unter 30 Cent sei es höchste Zeit, die Produktion dem europäischen Bedarf anzupassen und damit Rahmenbedingungen für eine Markterholung zu schaffen.

Auf Landesebene müsse festgestellt werden, dass die Förderung von Stallneubauten ohne Größenbegrenzung kontraproduktiv wirkt, so Gerloff weiter: „Unter dem Deckmantel des Tierwohls werden nach wie vor Mega-Ställe mit tausenden Kühen finanziert, die nicht nur gesellschaftlich umstritten sind, sondern auch ganz direkt die Überproduktion anheizen – und damit für den Milchpreisverfall verantwortlich sind.“



## **Tierseuchen-Vorsorgegesellschaft insolvent**

Die vom Landesbauernverband gegründete Brandenburgische Tierseuchen-Vorsorgegesellschaft (TVG) hat Insolvenz anmelden müssen. Was die genauen Gründe dafür sind, liegt im Dunkeln. Einziger Zweck der Gesellschaft war der Abschluss eines Stand-by-Vertrages mit einem externen Dienstleister, der im Seuchenfall die Tötung und Entsorgung der betroffenen Bestände durchführt. Der Bauernbund hatte kritisiert, dass sich der Landesbauernverband damit einen neuen Mitarbeiter genehmigt und über die Tierseuchenkasse durch alle Tierhalter im Land bezahlen lässt. Wir hatten dies unter anderem in einem Schreiben an den damaligen Landestierarzt Klaus Reimer und in einem Gespräch mit der neuen Verbraucherschutz-Staatssekretärin Anne Quart zum Ausdruck gebracht.

## **Gegen die Braunkohle am 31. Oktober in Atterwasch**

Am diesjährigen Reformationstag wird es nicht das klassische Dorffest für Heimat und Zukunft in dem von der Abaggerung bedrohten Lausitzdorf Atterwasch geben, sondern einen politischen Pressetermin, mit dem wir bezwecken, die Braunkohlepolitik der Landesregierung in Bedrängnis zu bringen. Nähere Informationen für alle, die kommen wollen, unter 038791-80200.

## **Bauernbund lehnt Diskussion über größere Landkreise ab**

**Pressemitteilung vom 4. September 2015**

Als „wenig hilfreich“ hat der Bauernbund Brandenburg die von verschiedenen Kommunalpolitikern angestoßene Diskussion über Neuzuschneide von Landkreisen bezeichnet. „Bisher hat noch niemand Zahlen über finanzielle Einsparungen durch größere Landkreise vorgelegt. Es gibt nach wie vor keine nachvollziehbaren Gründe dafür, nur absehbare Nachteile für die Landbevölkerung“, sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Landwirt aus Schrepkow in der Prignitz. Insbesondere kritisieren die Bauern, dass dem ländlichen Raum dadurch Arbeitsplätze und Kaufkraft verloren gehen. „Der von Innenminister Schröter vorgelegte Leitbildentwurf für eine Kreisgebietsreform beruht auf der Annahme, größere Verwaltungseinheiten würden automatisch leistungsfähiger oder gar kostengünstiger arbeiten“, kritisiert der Bauern-Präsident: „Das hat sich bereits bei der letzten Reform als Trugschluss erwiesen und ist auch heute ökonomisch falsch.“ Statt in voraus-eilendem Gehorsam neue Kreisgrenzen zu entwerfen, sollten verantwortlich denkende Kommunalpolitiker deshalb lieber Bündnisse gegen die Zentralisierungspläne der Landesregierung schmieden, so Jennerjahn: „Die Bauern als wichtigster Berufsstand im ländlichen Raum lehnen diese Kahlschlagpolitik jedenfalls grundsätzlich ab.“

## **Benjamin Zinsler-Ebel ist drittbester deutscher Nachwuchs-Landwirt**

Unser Mitglied Benjamin Zinsler-Ebel hat beim bundesweiten Berufswettbewerb in der Sparte Landwirtschaft den dritten Platz erreicht. Insgesamt haben sich mehr als 10.000 junge Menschen an dem Wettbewerb beteiligt. Der 27jährige lernte an der Landwirtschaftsschule in Oranienburg und macht dort gerade seinen Meister, um den Familienbetrieb mit 280 Hektar Acker in Blumberg (Landkreis Barnim) weiterzuführen. Beim Wettbewerb musste er sein Können in Theorie und Praxis unter Beweis stellen. Punkten konnte er zum Beispiel, indem er die Vor- und Nachteile des Außenklima-Stalles in der Schweinemast kannte, einen Göttinger Zählrahmen baute und seine Meinung in einem Interview über Nicht-Regierungsorganisationen vortrug. Der Bauernbund gratuliert Benjamin herzlich zum Erfolg und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute!

